

Revolution als Prozess



**Selbstorganisation und Partizipation
in Venezuela**

Gruppe Movimenter

Herausgegeben von Andrej Holm

Andrej Holm (Hrsg.)
Revolution als Prozess

- Sherin Abu Chouka* lebt, arbeitet und studiert Geschichtswissenschaft und Lateinamerikanistik in Berlin. Mehrere Aufenthalte in Lateinamerika.
- Dario Azzellini*, Politikwissenschaftler, Autor und Filmemacher, pendelt seit 1990 zwischen Lateinamerika und Berlin. Diverse Buch- und Filmveröffentlichungen zu Italien, Lateinamerika, Sozialen Bewegungen, Postfordismus und Krieg. Promoviert zum Thema »Partizipative und protagonistische Demokratie in Venezuela«. www.azzellini.net
- Matthias Bernt* arbeitet als Politikwissenschaftler zu Fragen der Stadtentwicklung und war seit den 1990er Jahren in verschiedenen Mieterinitiativen aktiv.
- Malte Daniljuk*, Berufsausbildung als Glaser, Mitarbeit im Bürgerkomitee 15. Januar zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Arbeit als Freier Journalist, verschiedene Projekte in Lateinamerika u.a. in Mexiko und Venezuela, Arbeit als Lehrer für Deutsch als Fremdsprache, Studium Deutsch als Fremdsprache und Kommunikationswissenschaften und Publizistik in Berlin.
- Juliane Große* arbeitet in der beruflichen Bildung, studiert Germanistik, Schwerhörigen- und Sprachheilpädagogik in Berlin, mehrere Aufenthalte in Venezuela.
- Andrej Holm* arbeitet als promovierter Sozialwissenschaftler in Berlin und ist dort seit Anfang der 1990er Jahre in verschiedenen Stadtteilinitiativen und Mieterorganisationen aktiv.
- Jan Kühn* studiert Soziologie und Geschichte in Berlin. Mehrere Aufenthalte in Lateinamerika, darunter ein einjähriges Studium an der Universidad Central de Venezuela in Caracas. Arbeiten als Übersetzer und in unabhängigen Medien.
- Moritz Lange* studierte Politikwissenschaft in Marburg und Caracas, seit 2006 in Berlin. Zahlreiche Aufenthalte in Lateinamerika und Venezuela, darunter ein einjähriges Studium an der Bolivarianischen Universität in Caracas. Aktiv bei der Lidl Kampagne von ver.di.
- Wolfram Metzger* ist Arzt und Koautor eines ausführlichen technischen Berichts der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO) über das neue öffentliche Gesundheitssystem Venezuelas.
- Jan Ullrich* studiert Politikwissenschaft in Marburg, seit 2006 in Berlin. Er hat einige Zeit in Venezuela verbracht und dort unter anderem an der Universität Merida studiert.

Revolution als Prozess

Selbstorganisation und Partizipation
in Venezuela

Gruppe MovimentoR

Andrej Holm (Hrsg.)

Sherin Abu Chouka

Dario Azzellini

Matthias Bernt

Malte Daniljuk

Juliane Große

Jan Kühn

Moritz Lange

Wolfram Metzger

Jan Ullrich

www.vsa-verlag.de

www.movimentor.net

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Titelfoto: Kelly Rowland
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-259-8

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	8
Andrej Holm/Matthias Bernt Protagonismus der Ausgeschlossenen: Ansätze partizipativer Stadtentwicklung in den Barrios von Caracas	20
Dario Azzellini Von den Mühen der Ebene	38
Solidarische Ökonomie, kollektive Eigentumsformen, Enteignungen und Arbeitermit- und -selbstverwaltung	
Sherin Abu Chouka/Juliane Große Revolution durch Bildung	58
Wolfram Metzger Der Kampf um Gesundheit für alle	77
Malte Daniljuk Gestaltung einer neuen Medienpolitik	97
Jan Kühn Die venezolanische Linke und der Bolivarianische Prozess	117
Sherin Abu-Chouka Simón Bolívar und der Bolivarianismus	136
Moritz Lange/Jan Ullrich Soziales Wachstum	148
Neue Perspektiven in der Wirtschaftspolitik	
Venezuela in Jahreszahlen: Von der Unabhängigkeit bis zur Wahl von Hugo Chávez	166
Weiterführende Materialien	168

Vorwort

Von April 2005 bis April 2007 arbeitete die Gruppe *MovimentoR* als stipendiatisches Projekt der *Hans-Böckler-Stiftung*. Unser Ziel war ein Austausch zwischen sozialen Bewegungen in Venezuela und in Deutschland über Strategien gegen den Neoliberalismus. Von besonderem Interesse für uns war außerdem das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und den neuen und alten Formen der Institutionalität.

Mit dem vorliegenden Buch veröffentlichen wir einen Teil unserer Recherchen zu den gesellschaftlichen Umbrüchen in Venezuela. Die Veröffentlichung ist in mehrerer Hinsicht unvollständig: Wir konnten uns keinen Überblick über alle gesellschaftlichen Bereiche verschaffen, die interessant und relevant sind. So haben wir uns beispielsweise ausschließlich auf den städtischen Raum konzentriert, obwohl das Thema der Landreform zentrale Bedeutung hat. Ebenso wenig konnten wir uns ein Bild von der indigenen Perspektive auf den Prozess machen oder tiefer gehende Einblicke in die internationale Politik Venezuelas erlangen.

Zudem mussten wir uns für diese Veröffentlichung auf einen Überblick konzentrieren. Interviews mit Aktivistinnen und Aktivisten sowie Dokumentationen hätten den Rahmen des Buches gesprengt. Leserinnen und Leser, die sich weitergehend und aus erster Hand informieren wollen, können Interviews zum Thema Basismedien, Studium an der Bolivarianischen Universität, Künstler in Venezuela und andere weiterführende Materialien wie z.B. ein Glossar, in dem häufig auftauchende Begriffe erklärt werden, auf unserer Website www.movimentor.net finden.

Unser Projekt und auch diese Veröffentlichung wäre ohne die Unterstützung durch die Hans-Böckler-Stiftung nicht möglich gewesen. Wir bedanken uns an dieser Stelle besonders bei den Mitgliedern der Projektkommission.

In Venezuela haben uns viele Menschen geduldig mit zahllosen Ideen, Kontakten und praktischer Unterstützung weitergeholfen: Vielen Dank an Eduardo Daza, Miguel Espejo (Punto Sur), Pablo Kunich und Gloria von Vive.TV, Roland Denis, Kollektiv FRAPROM, die Studierenden der UBV und die Bewohnerinnen und Bewohner des Casa Azul.

MovimentoR

Einleitung

Venezuela nimmt unter den lateinamerikanischen Staaten einen außergewöhnlichen Platz ein. Diese Besonderheit geht zurück auf seine Rolle als einer der größten Ölexporteure des Kontinents. Eng verbunden mit der speziellen Wirtschaftsstruktur ist eine politische Entwicklung, die nicht so recht mit der Entwicklung anderer Staaten der Region vergleichbar ist. Während die meisten lateinamerikanischen Länder politisch durch die Herrschaft der Militärdiktaturen geprägt wurden, etablierte sich in Venezuela ab den späten 1950er Jahren eine parlamentarische Demokratie, die dem Land über Jahrzehnte eine Phase relativer politischer Stabilität bescherte. Dies führte dazu, dass Venezuela in der internationalen Öffentlichkeit zwar den Status eines lateinamerikanischen Vorzeigelandes erlangte, aber darüber hinaus wenig Beachtung fand. Als mit Hugo Chávez ein Außenseiter die politische Bühne betrat, änderte sich das.

Über kaum ein anderes Land auf dem Subkontinent wird seitdem kontroverser diskutiert. Auch innerhalb der Linken gehen die Ansichten über den *Bolivarianischen Prozess* auseinander. Besonders in Deutschland dominiert in vielen linken Publikationen Skepsis. Die bürgerlichen Medien bestimmen mit ihren Bildern vom »Populisten« und »Diktator« die öffentliche Meinung, und über das Thema Sozialismus scheint man hierzulande sowieso schon alles zu wissen. Dabei wird die Berichterstattung von dem Blick auf die Person Chávez dominiert: Chávez beschimpft Bush, Chávez kauft Waffen, Chávez besucht die »Achse des Bösen«, »Chávez schließt Fernsehsender«. Es entsteht der Eindruck, dass alles, was in Venezuela passiert, von Hugo Chávez ausgeht. Hier wird eine personalisierte Debatte erzeugt, die nicht nur die wesentlichen Protagonistinnen und Protagonisten der Veränderungen außen vor lässt, sondern die Inhalte der Veränderungen im Land ausblendet.

Für die Beiträge in diesem Band haben wir uns auf die Suche nach den Akteuren des venezolanischen Umbruchs begeben. Wir versuchen, den Ansichten über diesen Prozess einige Ansichten aus dem Land selbst gegenüberzustellen. Dafür haben wir uns gesellschaftliche Bereiche angesehen, in denen ein Umbau begonnen wurde, und wir haben Gespräche mit den Aktivistinnen und Aktivisten geführt. Sie bezeichnen die Veränderungen des letzten Jahrzehnts in Venezuela als den *Bolivarianischen Prozess*. Dabei beziehen sie sich zum einen auf die Geschichte des *Libertadors* Simón Bolívar und zum anderen auf den prozesshaften Charakter ihrer Revolution, einer »Revolution als Prozess«. Tatsächlich stellt sich die jüngere venezolanische Geschichte nicht als plötzlicher Bruch

mit den herrschenden Verhältnissen dar, der in kürzester Zeit eine perfekte Gesellschaft an die Stelle des Alten setzt. Wenn es hier eine Zäsur gab, dann war es der scheinbar unspektakuläre Akt des Wählens. Und gewählt wurde im Venezuela der letzten acht Jahre oft.

Ihre Brisanz bezieht diese legale Form der Regierungsübernahme erst durch die Geschichte linker Parteien in Lateinamerika, denn bisher sind gewählte linke Regierungen dort selten über die Ankündigung ihrer Pläne hinausgelangt. Von Guatemala 1954 (Arbenz) über Chile 1973 (Allende) und Grenada 1983 (Bishop) endete jeder Versuch einer demokratischen und sozialen Umgestaltung unter einem Berg Leichen. Bereits die Aufstellung eines linken Präsidentschaftskandidaten reichte in einigen Fällen aus, um diesen umzubringen (z.B. Gaitán 1948 in Kolumbien). An diesem Punkt hat sich einiges verändert. Der Süden Südamerikas hat sozialdemokratische Präsidenten und sogar eine Präsidentin gewählt. Ecuador, Bolivien und Nicaragua haben linke Präsidenten wählen können, ohne dass ausländische Truppen landeten oder sofort ein Bürgerkrieg ausbrach. Angesichts der oben beschriebenen Erfahrungen sind dies Veränderungen in einer historischen Dimension, die in Venezuela ihren zeitlichen Ausgangspunkt nahmen.

In allen Bereichen des Landes – politisch, wirtschaftlich oder kulturell – bestehen unterdessen alte Strukturen fort, während Alternativen formuliert und diskutiert werden, während Reformen umgesetzt und Experimente durchgeführt werden. Die damit verbundenen Widersprüche durchziehen alle Institutionen und Biografien, Organisationen und Einzelmeinungen. Wir haben in Venezuela eine konfliktreiche, vielfältige und dynamische Gesellschaft vorgefunden, die einen Gesamtüberblick, eine abschließende Wertung, schwer macht. Für uns bedeutet die Existenz dieser Widersprüche jedoch nicht, einen Standpunkt des Darüberstehens einzunehmen, der sich nicht mehr solidarisch positionieren kann. Vielmehr legen wir den Fokus auf die Frage, welche Rolle die Basisbewegungen im *Bolivarianischen Prozess* einnehmen und in welchem Verhältnis sie zu Regierungsinitiativen stehen. Die von uns vorgestellten Entwicklungen in den Bereichen Stadtteilorganisationen, Bildung, Gesundheitswesen, Medien, Freie Software und Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben können kein vollständiges Bild der Veränderungen in Venezuela geben, aber sie beschreiben exemplarisch eine Politik, die auf Partizipation und Selbstverwaltung setzt.

Da unsere Beiträge relativ unvermittelt in die jeweilige Thematik einsteigen, geben wir im Folgenden zunächst einen Überblick über die historische und politische Entwicklung der letzten Jahre und greifen am Ende Fragen auf, die nach dem Abschluss unserer Recherchen auftraten. Dabei wollen wir den Blick von den Institutionen hin zur Partizipation der Protagonisten des politischen Prozesses lenken.

Unterschiedliche Phasen, ein Prozess

Als absoluter Außenseiter gewann Hugo Chávez 1998 die Präsidentschaftswahlen bei noch relativ niedriger Wahlbeteiligung mit dem Wahlbündnis *Polo Patriótico* (Patriotischer Pol). Dem hatten sich mit der MAS (Bewegung zum Sozialismus) und der PPT (Vaterland für alle) etablierte sozialreformerische Parteien angeschlossen, während die Kommunistische Partei (PCV) zunächst außerhalb des Patriotischen Pols blieb. Stärkste Kraft innerhalb des *Polo* war die MVR (Bewegung Fünfte Republik), die sich erst kurz vor den Wahlen 1998 als Wahlplattform gegründet hatte. Mit inzwischen mehr als zwei Millionen Mitgliedern hat sich die MVR bis heute zwar zur größten politischen Kraft in Venezuela entwickelt, ist aber in organisatorischer und politischer Hinsicht äußerst heterogen. Die MVR umfasst von alt-linken Kadern bis hin zu professionellen Karrieristen ein buntes Spektrum von allen Kräften, die aus unterschiedlichsten Motiven den *Bolivarianischen Prozess* unterstützen.

Mit großer Zustimmung seitens der Venezolanerinnen und Venezolaner begann im August 1999 die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes konnte darüber in einem Referendum abgestimmt werden. Schon der verfassungsgebende Prozess wurde, obwohl er nur drei Monate dauerte, zum Ausgangspunkt für ein neues Verhältnis zwischen Regierung und sozialen Bewegungen. An der Ausarbeitung der Verfassung waren neben gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Parteien in allen Arbeitsgruppen Aktivisten aus Stadteilbewegungen, den indigenen Gemeinden, der Frauenbewegung und den alternativen Medien beteiligt. Von den 624 Vorschlägen, die sie in die *Runden Tische* einbrachten, wurden knapp die Hälfte in die neue bolivarianische Verfassung übernommen. So beziehen sich 130 von 350 Artikeln direkt oder indirekt auf Möglichkeiten der politischen Partizipation.

Mit der Verabschiedung der Verfassung im Dezember 1999 nahm Venezuela offiziell Abschied vom Modell der repräsentativen Demokratie: »Einer der grundlegenden Vorschläge ist der, dass eine Demokratie partizipativ und protagonistisch ist, dass sich Wörter nicht mehr delegieren lassen. Genauso wenig, wie sich der Wille der Bevölkerung an einen Repräsentanten delegieren lässt, der danach über unsere Ziele entscheidet«, erläuterte Medienaktivistin Blanca Ekhout den zentralen Gedanken des neuen politischen Systems. Aus der alten Verfassung – und damit aus der Tradition der lateinamerikanischen Präsidentschaftsdemokratien – wurde die Rolle des Staatspräsidenten mit der Möglichkeit von zeitlich beschränkten Sondervollmachten übernommen. Diese so genannten *Leyes Habilitantes* wurden in der deutschen Öffentlichkeit mit dem historischen Begriff »Ermächtigungsgesetz« polemisch debattiert, da sie dem Prinzip der Basisdemokratie entgegenstehen. Allerdings sind solche präsidentialen Sondervoll-

machten in Venezuela und anderen amerikanischen Ländern nichts Ungewöhnliches und sollten auch daraufhin untersucht werden, welcher politische Inhalt mit ihnen durchgesetzt werden soll. De facto liegen die meisten Entscheidungen des Präsidenten sehr nah an den Forderungen der Basisbewegungen und werden dazu eingesetzt, die partizipative Demokratie zu stärken.

Die ersten Jahre nach Inkrafttreten der neuen Verfassung waren nicht durch wesentliche Eingriffe in die bestehenden Verhältnisse geprägt. Die Regierung setzte nicht auf den klassischen Korporativismus zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, der die politische Kultur Venezuelas ein halbes Jahrhundert lang geprägt hatte, aber zeigte sich auch gegenüber den Mittel- und Oberschichten gesprächsbereit (*siehe dazu die Beiträge von Jan Kühn und Moritz Lange/Jan Ullrich*). Als die Regierung Ende 2001 mit den *Leyes Habilitantes* über die Bodenreform und dem Angriff auf die Struktur der staatlichen Ölgesellschaft *Petróleos de Venezuela S. A. (PdVSA)* erste ernsthafte Eingriffe in die Strukturen der *Vierten Republik* vornahm, mussten die venezolanischen Eliten feststellen, dass das neue politische Projekt sich nicht in ihre Richtung lenken ließ. Sie begannen eine Blockade- und Sabotagekampagne, die in verschiedenen Formen bis heute anhält.

Die Auswirkungen der Oppositionskampagnen schränkten die Dynamik einer neuen Politik teilweise erheblich ein: »Die Verfassung, das höchste Gesetz, so sagt man, das war im Dezember 1999. Erst im Juni 2002 kamen die Gesetze, um sie umzusetzen. Zweieinhalb Jahre später! 2002 hatten wir schließlich Krieg und 2003 Krise, und die dauerte. Dann kam 2004 das Abwahlreferendum. Die institutionellen Prozesse waren einfach langsamer«, erklärt Alberto Borreteran, einer der Gründer der *Asamblea Nacional de las Redes de Organizaciones Sociales* (ANROS). Was er als Krieg bezeichnet, sind die Ereignisse des 11. bis 14. April des Jahres 2002. Der Staatsstreich der alten Eliten gegen die neue Regierung stützte sich stark auf die Medienmacht der ökonomischen Eliten (*siehe dazu den Beitrag von Malte Daniljuk*) und die Beteiligung von Dissidenten aus dem Militär. Während des Putsches wurden 50 Menschen getötet.¹ Bereits kurz nach der Machtergreifung unter dem Arbeitgeberpräsidenten Pedro Carmona begann die Verfolgung von BasisaktivistInnen, GewerkschafterInnen und kritischen JournalistInnen. Nach zwei Tagen jagten Massenproteste der Basisbewegungen und fortschrittliche Militärs die Putschisten in die Flucht, und Hugo Chávez, der auf einer kleinen Insel vor der Küste Venezuelas gefangengenommen worden

¹ Die Ereignisse des 11. und 12. April 2002 wurden von einem irischen Fernsteam dokumentiert und als Film unter dem Titel »The Revolution will not be televised« festgehalten.

war, um zur Abdankung gezwungen zu werden, kehrte in den Präsidentenpalast *Miraflores* zurück.

Obleich die Regierung danach den Dialog mit der Opposition suchte, setzte diese unter dem Namen *coordinadora democrática* (Demokratische Koordination) weiter auf Konfrontation. Im Dezember 2003 wurden die Produktionsanlagen des staatlichen Erdölunternehmens PdVSA durch Sabotage lahm gelegt. Die hoch bezahlte Führungsriege von PdVSA wollte der Regierung sprichwörtlich den Hahn abdrehen. Als im Februar die Produktion von den Arbeiterinnen und Arbeitern in Eigenregie wieder hochgefahren wurde, war der venezolanischen Wirtschaft zwar ein erheblicher Schaden entstanden, den Machtkampf über die Kontrolle der PdVSA hatte die Regierung aber für sich entschieden. Nach den Basisbewegungen, die auf den Straßen von Caracas ihren Prozess gegen den Putsch verteidigt hatten, waren es nun die Beschäftigten in den Produktionsanlagen um den Maracaibo-See, die den Konflikt mit den reaktionären Kräften zu ihren Gunsten entschieden. Diese Ereignisse der Jahre 2002 und 2003 haben das Bewusstsein der Bevölkerung nachhaltig geprägt und viele Menschen mobilisiert. Hier begründete sich die weit verbreitete Auffassung von einer Gemeinsamkeit zwischen Basisbewegungen, Armen und Regierung.

Nach dem Scheitern der zweiten extralegalen Kampagne gegen die bolivarianische Regierung entschied sich die *coordinadora democrática* für einen verfassungsmäßigen Weg, um den Präsidenten abzulösen. Laut neuer Verfassung können alle Amtsträger in Venezuela nach der Hälfte ihrer Amtszeit durch ein Referendum abgelöst werden. Das Abwahlreferendum gegen Hugo Chávez wurde im Sommer 2004 durch den engagierten Wahlkampf zehntausender Basisaktivistinnen und -aktivisten zu einer klaren Angelegenheit. Mit Nein stimmten 59,1%, obwohl die privaten Medien massiv die SI!-Kampagne der Opposition unterstützt hatten.

Mit dieser dritten Niederlage der Opposition intensivierte sich eine Phase der innerstaatlichen Entwicklung, die bis zu den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 andauerte. Zwar hatte die Regierung schon seit 1999 einzelne Sozialprogramme begonnen, doch diese hatte kaum einen übergreifenden Charakter erreicht. Ab 2004 nahm die Bewegung der Stadtteilkomitees enorme Ausmaße an und übernahm dabei zunehmend politische Aufgaben über die Lösung lokaler Probleme hinaus. Schon seit den 1990er Jahren hatten sich Nachbarschaften zur gemeinsamen Lösung von Alltagsproblemen zusammengeschlossen, und diese Bewegung wurde jetzt durch verschiedene Regierungsinitiativen forciert. Das Ergebnis ist eine gegenseitige Unterstützung von Basisbewegungen und Regierung in einem unübersichtlichen institutionellen Umfeld.

Die Gesundheitsmission *Barrio Adentro* war 2003 ins Leben gerufen worden, um die kostenlose medizinische Versorgung in den Armenvierteln, aber auch in

entlegenen Gebieten des Landes zu garantieren und zu verbessern (*siehe dazu den Beitrag von Wolfram Metzger*). Die Alphabetisierungskampagne *Misión Robinson* wurde durch weiterführende Bildungsinitiativen und den Aufbau neuer bolivarianischer Schulen und Universitäten ausgebaut. Mit der *Misión Vuelvan Caras* wurde ein Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramm initiiert, das mit einer Berufsausbildung die Grundlagen für die ökonomische Selbstständigkeit im Rahmen von Kooperativen legen soll (*siehe dazu Juliane Große/Sherin Abu Chouka*). Diese neu entstandenen Kooperativen werden, wie im Beitrag von Dario Azzellini erläutert, seitdem durch unterschiedliche Mikrokreditsysteme und die Vermittlung von technischem Wissen in einem Ausbildungsprogramm unterstützt.

Mit den Missionen wurde nicht nur ein Weg gefunden, die administrative Blockade der traditionellen Verwaltung in den Ministerien zu umgehen, sondern durch die Verknüpfung der Programme mit lokalen Initiativen hat sich eine Form der Politik entwickelt, die weit über wohlfahrtsstaatliche Konzepte hinausreicht. Dies wird bereits am quantitativen Aspekt deutlich: Schätzungen zufolge durchliefen bislang etwa sieben Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner die verschiedenen Programme. Mit der Vernetzung der Initiativen untereinander entstanden außerdem lokale Kerne für neue gesellschaftliche Strukturen, in denen öffentliche Dienstleistungen und wirtschaftliche Einrichtungen in Selbstverwaltung aufgebaut und kontrolliert werden.

Erleichtert wurde diese neue Politik durch den Anstieg der Öleinnahmen im Zuge steigender Preise auf den Weltmärkten. Dieser Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die neue Regierung eine offensive OPEC-Politik betrieb und einen wesentlichen Beitrag zur Einigung des Kartells leistete. Der Zugriff auf die Ölrente konnte durch den Erfolg der Kämpfe um den Erdölsektor in den Jahren 2002 und 2003 sichergestellt werden (*siehe dazu Moritz Lange/Jan Ullrich*). Seitdem investiert die staatliche Firma PdVSA in großem Umfang direkt in die soziale Entwicklung des Landes.

Im Dezember 2006 wurde Hugo Chávez als Präsident bestätigt. Mit über sieben Millionen Stimmen erhielt er nicht nur ein Drittel mehr als sein sozialdemokratischer Widersacher, er verdoppelte auch sein eigenes Ergebnis in Bezug auf die absolute Zahl der Stimmen, die er 1998 erhalten hatte. Bereits im Wahlkampf hatte Hugo Chávez seine Wiederwahl zu einer Abstimmung über den Weg zum *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* erklärt. Bis zum Jahr 2014 sollen die Grundlagen für ein neues sozialistisches Gesellschaftsmodell gelegt werden.

Soziale und historische Bedingungen sozialer Bewegungen

Spätestens mit dem *Caracazo* im Februar 1989, einer überraschenden und massenhaften Armut्सrevolte, die vom Militär brutal niedergeschlagen wurde, verstärkte sich die Legitimationskrise der venezolanischen parlamentarischen Demokratie und ihrer Institutionen. Auch für eine kleine Gruppe des Militärs stellte der *Caracazo* einen Bruch in der venezolanischen Geschichte dar. Seit den 1950er Jahren nahmen Teile des Militärs immer wieder eine kritische Distanz zur Regierung ein und suchten den Kontakt zur »zivilen« Linken. Im Jahr 1992 scheiterten zwei Aufstände aus den Reihen der Streitkräfte, unter anderem auch deshalb, weil die angestrebte Verknüpfung mit zivilen Gruppen nicht weit genug entwickelt war (*siehe dazu den Beitrag von Jan Kühn*).

Das zweite Produkt des *Caracazo* war ein Mobilisierungsschub in dem Teil der Linken, der sich seit den 1980er Jahren zunehmend auf die Basisarbeit in den *Barrios* (Armenvierteln) konzentriert hatte. Durch die räumliche Nähe und die Abwesenheit staatlicher Verantwortung hatten sich in den Nachbarschaften der in Armut lebenden Bevölkerungsmehrheit enge soziale Netzwerke etabliert, die kaum mehr Brücken zur institutionellen staatlichen Macht (Parteien, Regierungen) aufwiesen. Die ausgeprägte Distanz zum Apparat war wesentlich darauf zurückzuführen, dass die sozial-integrativen Funktionen des Staates in den 15 Jahren neoliberaler Politik von 1983 bis 1998 aufgegeben worden waren. Stattdessen entwickelten fundamental-kritische Diskurse eine hohe Attraktivität für die Ausgegrenzten, und die Aktivistinnen und Aktivisten professionalisierten die Selbstorganisation der Stadtteile durch eigene Medien (*siehe dazu Malte Daniljuk*).

Die soziale Basis der Regierung Chávez sind die Armen in den *Barrios*, die zum ersten Mal die Erfahrung einer Beteiligung am öffentlichen politischen und sozialen Leben des Landes machen. Mehr als 50% der Bevölkerung von Caracas leben in prekären Siedlungen ohne legales Besitzverhältnis über Häuser und Land. Sie wohnen meist auf gefährdetem Gelände mit fehlendem oder mangelhaftem Anschluss an öffentliche Dienstleistungen. In diesen Gebieten haben sich seit den 1980er Jahren Netze der nachbarschaftlichen Selbsthilfe entwickelt, deren wesentliche Aufgabe die gemeinsame Lösung von Problemen der Nachbarschaft, wie etwa die Wasserversorgung, waren (*siehe dazu Andrej Holm/Matthias Bernt*).

Kennzeichnend für diese Netzwerke ist bis heute ein ausdrückliches Misstrauen gegen jede Form von staatlichem Eingriff in ihr Leben. Im sozialen Gedächtnis der *Barrios* ist der Staat als ein korruptes und rassistisches System verankert, das für den Ausschluss der Mehrheit vom gesellschaftlichen Reichtum verantwortlich ist.

Mit dem Wahlsieg 1998 begann die bolivarianische Regierung ihre Initiativen direkt mit den Organisationen der *Barrios* abzustimmen, eine gemeinsame Politik zu entwickeln und diese unter Umgehung der traditionellen staatlichen Institutionen umzusetzen. Auf dieser Grundlage entstanden beispielsweise ab 2002 über 6.000 städtische Bodenkomitees (CTU), die die Enteignung und Legalisierung von städtischem Grundbesitz durchführten. Den Anstoß dafür gab das Dekret 1666, das einen umfassenden Regularisierungs- bzw. Legalisierungsprozess des Landbesitzes in den Armenvierteln anstieß, um die Sanierung der *Barrios* durch die Bewohner selbst zu fördern. Für die sozialen Bewegungen spielt der Präsident dabei die Rolle eines »Ermöglicers«, der durch seine Funktion die Durchsetzung ihrer Interessen dem traditionellen Apparat gegenüber gewährleistet. »Wir denken nicht wie Chávez, sondern Chávez denkt wie wir«, ist eine häufige Erklärung für die Popularität des Präsidenten. Dabei erstreckt sich diese Vertrauensbeziehung ausdrücklich nicht automatisch auf seinen Staats- und Regierungsapparat.

Wenn es ein bestimmendes Merkmal des *Bolivarianischen Prozesses* gibt, dann ist es dieses hohe Maß an politischer und kultureller Autonomie der Basisaktivisten und ihre Ablehnung der Strukturen der repräsentativen Demokratie – sei es in Form von Parlamenten oder Parteien. Innerhalb des politischen Systems teilt sich der Prozess damit tendenziell in die Vertreter der traditionellen linken Parteien und der MVR, die als Abgeordnete in der *Asamblea Nacional* und als Mitarbeitende in den Ministerien einer gewissen institutionellen Eigendynamik folgen, und die Vertreter der Sozialen Bewegungen, die insbesondere seit dem Zusammenschluss der nachbarschaftlichen Organisationen zu *Consejos Comunales* (Stadtteilträten) einen deutlichen Zuwachs an formaler Macht erfahren.

Diese Stadtteilträte sind Vollversammlungen, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner autonom über Fragen der lokalen Planung entscheiden und ihren Haushalt selbstständig verwalten. Sie entwickelten sich zur Grundstruktur für eine parallele Machtausübung und -kontrolle im Sinne partizipativer und protagonistischer Demokratie. Besonders im letzten Jahr vor der Präsidentschaftswahl standen Initiativen zur Ausweitung von Formen direkter Demokratie im Mittelpunkt der Debatte.

Neben den *Consejos Comunales* wurde in staatlichen und teilweise auch in privaten Unternehmen eine Arbeitermitverwaltung eingeführt, in deren Rahmen die Belegschaften weitgehende Kontrollmöglichkeiten im Bereich der betrieblichen Planung erhielten (*siehe dazu Dario Azzellini*).

Ziel dabei ist es, breite Bevölkerungsschichten durch die direkte Beteiligung an der Verbesserung ihrer unmittelbaren Lebensbedingungen politisch zu (re)aktivieren und bei ihnen ein partizipatives, demokratisches Selbstverständnis zu entwickeln. Eduardo Samán, Vorsitzender des *Autonomen Dienstes für geis-*

tiges Eigentum (SAPI),² beschreibt den Erfolg von Hugo Chávez unter diesem Gesichtspunkt: »Er hat das Thema Politik populär gemacht. Vorher war das eine exklusive Angelegenheit für Akademiker, Politiker oder Abgeordnete. Wenn du eine Hausfrau nach Politik gefragt hast, sagte sie, nein, Politik, damit habe ich nichts zu tun. Wenn du mit einem Sportler gesprochen hast, sagte er, nein, ich bin Sportler, nicht Politiker. Chávez hat damit gebrochen und heute diskutiert alle Welt über Politik.«

Eckpunkte des revolutionären Entscheidungsprozesses

Für die innenpolitische Entwicklung zeichnen sich mehrere Bereiche ab, die im bolivarianischen Lager als zentral für die Zukunft des Prozesses angesehen werden. An erster Stelle steht der Vorschlag für eine Gemeinsame Sozialistische Partei. Im Herbst 2007 ist ein Kongress geplant, der den Charakter des Sozialismus im 21. Jahrhundert zum Thema hat. Während die Vertreter der traditionellen linken Parteien dem Projekt einer gemeinsamen Partei eher reserviert gegenüberstehen, hatten sich im April 2007 bereits 16.700 Personen aus dem Spektrum der bisher parteilosen AktivistInnen als Promotoren eingetragen. Dabei soll die neue Struktur von unten nach oben gewählt werden, das heißt, eine auf Vorabgesprächen beruhende Postenverteilung zwischen den traditionellen Parteien soll ausgeschlossen werden. Eine derartige Umstrukturierung des politischen Lagers stößt nicht überall auf Gegenliebe. Insbesondere aus den drei großen Linksparteien PCV, PPT und Podemos war Kritik zu hören. Sie befinden sich in etablierten Strukturen, haben klare Anteile an Ministerposten und Abgeordneten ausgehandelt, aber ihre Unterstützungsbasis ist quantitativ gemessen relativ klein. Stellen sie sich getrennt zu direkten Wahlen, werden sie auf jeden Fall an Einfluss verlieren.

Bisher konzentrierte sich die Kritik hauptsächlich auf formale Aspekte, insbesondere auf die unsensible Art, mit der das neue Projekt vom Präsidenten angekündigt und vorangetrieben wurde. Auf der anderen Seite sind aus der PCV inzwischen einige teilweise prominente Mitglieder ausgetreten, die das Projekt der PSUV unterstützen. Außerdem schloss die PCV-Führung im Mai 2007 13 Mitglieder ihres Zentralkomitees aus, die die distanzierte Politik der Partei in Bezug auf die PSUV öffentlich kritisiert hatten.

² Die SAPI (Servicio Autónomo de la Propiedad Intelectual wurde im April 2002 mit der Absicht gegründet, den Gebrauch der freien Software und die Entwicklung einer alternativen Ökonomie in Venezuelas zu fördern.

An formalen Aspekten setzte auch die Kritik des Soziologie-Professors Edgardo Lander an, als er feststellte, die Art und Weise, wie die neue Partei vorangetrieben werde, erinnere ihn an die Politik der ehemaligen realsozialistischen Länder. Die Besonderheit der *Bolivarianischen Revolution* sei bisher, dass es »kein falsches strategisches Ziel« gegeben habe. Damit nimmt er indirekt Bezug auf ein klares Problem dieser Revolution, denn bisher gab es auch kein »richtiges« strategisches Ziel. Der *Bolivarianische Prozess* stellt sich als ein Laboratorium dar, bei dem in tausenden Projekten unterschiedliche Konzepte ausprobiert werden und die politischen und institutionellen Verantwortlichkeiten ein äußerst chaotisches Bild abgeben. Mit der Gründung der PSUV ist der Vorschlag verbunden, eine gesellschaftliche Debatte über ein solches strategisches Ziel zu beginnen, in der die Vertreter der traditionellen Parteien nicht von vornherein eine dominante Rolle ausüben. Auch hier zeichnet sich wieder ein Muster der venezolanischen Politik der letzten Jahre ab. Während aus den sozialen Bewegungen und Initiativen ein hohes Maß an Identifikation mit den Vorschlägen von Hugo Chávez kommt, sind es insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der alten Institutionen, die Bedenken vorbringen.

Der zweite Punkt betrifft den »Aufbau einer sozialistischen Ökonomie«. In diesem Bereich steht zu erwarten, dass die bisher gegründeten Kooperativen gestärkt werden, während der Einfluss des privatwirtschaftlichen Sektors eingeschränkt wird. Als erste Maßnahme wurde die Wiederverstaatlichung des 1991 privatisierten Telefonnetzbetreibers CANTV angekündigt und eine staatliche Aktienmehrheit durchgesetzt. Zum 1. Mai 2007 übernahm der venezolanische Staat überdies die Mehrheit an den letzten Bereichen der Erdölproduktion, die bisher noch von ausländischen Konzernen kontrolliert wurden. In den Wochen zuvor hatten die in der Region aktiven transnationalen Unternehmen beim Energie- und Erdölministerium Einverständniserklärungen unterschrieben, in denen festgelegt wird, dass sich die neuen Betreiberfirmen künftig aus unterschiedlichen Kapitaleignern zusammensetzen müssen. So werden die neuen Betreiberfirmen zu Tochtergesellschaften der PdVSA, die mindestens 60% der Aktien halten wird.

Neben der Übernahme staatlicher Mehrheiten in den Schlüsselindustrien steht die Ausweitung von Arbeitnehmerrechten im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Initiativen. Die Unternehmensform *Unternehmen sozialer Produktion* (EPS) wird gefördert und damit die Durchsetzung von Strukturen der Arbeitermitverwaltung in privaten Unternehmen. Der gesetzliche Mindestlohn wurde am 1. Mai ein weiteres Mal erhöht, und zwar um ca. 20%, damit beträgt er etwa 210 Euro. Diese Erhöhung betrifft in gleicher Höhe die Pensionen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die soziale Absicherung derjenigen Teile der Bevölkerung, die bisher vollständig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren. Zurzeit beginnt

ein Sonderprogramm zum Schutz älterer Erwachsener, die nie in einem Unternehmen angestellt waren. Dabei erhalten zunächst 100.000 Menschen künftig 60% des Mindestlohns. Des weiteren wird die Betreuung allein erziehender Mütter durch die *Misión Madres del Barrio* verstärkt. Die rund 240.000 Frauen erhalten künftig einen Zuschuss in Höhe von 80% des Mindestlohns. 50.000 Hausfrauen über 61 Jahren erhalten die vollständige Pension, um soziale Sicherheit zu erlangen.

Die Etablierung einer revolutionären Demokratie stellt den dritten Programmpunkt dar. Ihr Kern wird eine auf den *Consejos Comunales* aufbauende Struktur der öffentlichen Entscheidung sein. Im Januar 2007 forderte Vizepräsident Jorge Rodríguez die Stadtteilräte auf, sich darauf vorzubereiten, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Bewegung zur Gründung der Räte hat sich in den letzten Monaten massiv ausgeweitet. Allein im ersten Quartal 2007 haben sich in 1.300 Stadtteilen neue Räte konstituiert. Damit existieren gegenwärtig in zwei Dritteln aller Kommunen derartige Selbstverwaltungsorganisationen. Dieser Gründungsboom ist nur deshalb möglich, weil es inzwischen mehrere Arbeitsgruppen auf präsidialer Ebene gibt, deren Aufgabe es ist, institutionelle Hemmnisse aller Art zu beseitigen. Diese *Comisión Promotora del Consejo Comunal* wird vom Minister für Partizipation und soziale Entwicklung, David Velásquez, geleitet und soll die Bewegung der Stadtteilräte darin unterstützen, mittelfristig ein eigenes Kabinett aufzubauen, das eine Selbstverwaltung der Kommunen auf nationaler Ebene zu gewährleisten vermag.

Ausblick

Innerhalb des Prozesses zeichnet sich eine Polarisierung zwischen einem »revolutionären« Ansatz und einer »reformistischen« Strömung ab. Die Vertreter des »revolutionären« Ansatzes stützen sich zentral auf die kommunitären Organisationen und die sozialen Bewegungen. Ihr Ziel ist eine Gesellschaftsform, bei der »die gesamte Nation durch kollektive Entscheidungen geleitet werden soll«. Im Mittelpunkt steht die »bewusste Aktion der organisierten Bevölkerung, um die Republik auf der Grundlage einer sozialistischen Konzeption von der Welt und dem Zusammenleben zu leiten, mit dem Ziel einer strukturellen Veränderung der Gesellschaft. Diese beziehen sich auf die Produktionsverhältnisse, die sozialen Verhältnisse und die Machtverhältnisse und erlauben die Entwicklung einer neuen sozialen Kultur und neuer Paradigmen der Solidarität ... zwischen den Menschen.« (William Izarra).

Als »reformistisch« gelten in Venezuela vor allem jene Ansätze, die sich an traditionellen Verwaltungsstrukturen und den Organen einer Wahldemokratie

orientieren und sich dabei personell auf Teile des alten Beamtenapparates stützen. Der Unterschied zwischen »reformistischen« und »revolutionären« Politiken in Venezuela liegt weniger in den sozialpolitischen Zielen als vielmehr in der Frage der Machtausübung. Denn die Orientierung auf Selbstorganisation und einen Protagonismus der Ausgegrenzten stellt die traditionellen Modelle von Staatlichkeit grundsätzlich infrage – auf der anderen Seite ist die staatliche Macht, die Durchsetzung einer neuen Verfassung und die uneingeschränkte Stellung des Präsidenten eine zentrale Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen Politik.

Hugo Chávez hat die außerordentliche Machtfülle des Präsidentenamtes in Venezuela bisher dazu genutzt, die Forderungen der sozialen Bewegungen gegen den Widerstand der traditionellen Machtgruppen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung durchzusetzen. Langfristig wird die herausgehobene Stellung dieses Amtes mit dem Anspruch einer direkten partizipativen Demokratie kollidieren. Dass dies bisher kein Widerspruch war, hängt eng mit der politischen Geschichte und der besonderen Rolle von Hugo Chávez zusammen. Für viele ist er eine Art kollektive Konstruktion der Basisbewegungen, die den Gegenpol zum alten System der Vierten Republik verkörpert.

Das scheinbare Paradox von Staatsmacht und Selbstorganisation ist für die Linke nicht nur in Lateinamerika ein zentraler Fokus bei der Suche nach revolutionären Strategien. Der Utopie vieler Linker im Westen hat John Holloway in seinem Buch »Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen« (2002) eine Stimme gegeben. Dahinter steht die Furcht der Linken vor dem instrumentellen Machtgebrauch und der Wunsch nach Veränderungen, die niemandem weh tun.

Doch der *Bolivarianische Prozess* in Venezuela zeigt, dass es keine Veränderungen geben wird, ohne die Machtfrage zu stellen. Die Auseinandersetzung um die Gestaltung einer neuen Gesellschaft findet jedoch nicht nur bei Wahlen und Volksabstimmungen statt, sie drückt sich nicht nur bei der Durchsetzung von Präsidialdekreten oder einer neuen Verfassung aus. Sie bestimmt vor allem den alltäglichen Kampf um Einfluss und Mitbestimmung in den Betrieben, Stadtteilen und Universitäten. Die Orientierung auf Selbstorganisation bleibt ohne das Aufbrechen der bürokratischen Verwaltungsstrukturen und die Veränderung des politischen Systems eine Nische der Selbstverwirklichung. Andererseits bliebe der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ohne eine konsequente Verteilung der Macht nach unten und ohne den Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen politische Rhetorik.